

Coca Cola in Indien

Die Region um Plachimada (Südindien Bundesstaat Kerala) ist für indische Verhältnisse reich an Wasservorräten. Aus diesem Grund wählte der Getränkehersteller Coca-Cola dieses Dorf als Standort für eine neue Softdrink-Abfüllanlage aus. Für die Produktion wurden täglich rund 600.000 Liter Wasser aus neu gebohrten Brunnen entnommen. Die anfängliche Euphorie der indischen Arbeitnehmerschaft verflieg jedoch, sobald die Dorfbewohner eine deutliche Verringerung der Wasserqualität und Ernteeinbußen ihrer Kokosplantagen und Reisfelder feststellten. Sie begannen gegen den Coca-Cola-Konzern zu demonstrieren. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu Festnahmen. Die Einwohner suchten den Kontakt mit Selbsthilfeorganisationen im Land und im Ausland. Gemeinsam klagten sie vor dem örtlichen Gericht. Der Fall ging durch mehrere Instanzen, weil die juristische Lage nicht eindeutig war: Nach faktischem und juristischem Recht hat bisher in Indien jeder Landbesitzer die Freiheit, so viel Wasser auf seinem Grundbesitz zu fördern, wie es seine technische als auch seine finanzielle Kapazität erlaubt – das ist ein großes Problem, nicht nur dort, wo Großfirmen sich ansiedeln, sondern für alle Kleinbauern im Umfeld von vermögenden oder wasserkontrollierenden Agrarproduzenten. Im Juni 2004 fasste der Oberste Gerichtshof von Kerala ein mutiges und bahnbrechendes Urteil im Fall Coca Cola, das ausgehend von einem Menschenrechts-Ansatz die gesamte bisherige Rechtsprechung in Indien zum Thema Wasser herausforderte:

1. das Wasser gehört nicht dem jeweiligen Grundbesitzer, sondern der Öffentlichkeit. Der Staat ist lediglich Treuhänder dieses öffentlichen Gutes;
2. aus der in der Verfassung verankerten Pflicht des Staates zum Schutz des Lebens seiner Bürger leitet das Gericht weiter ab, dass der Staat die Überausbeutung der Ressource Wasser zum Schaden anderer Bürger verhindern müsse. Damit wird gleichzeitig der Vorrang des Schutzes des Lebens vor dem Schutz von Eigentum erklärt;
3. im konkreten Fall entschied das Gericht, dass Coca Cola nur so viel Grundwasser entnehmen darf, wie es durchschnittlich für die Bewässerung eines vergleichbar großen Landbesitzes erforderlich wäre.

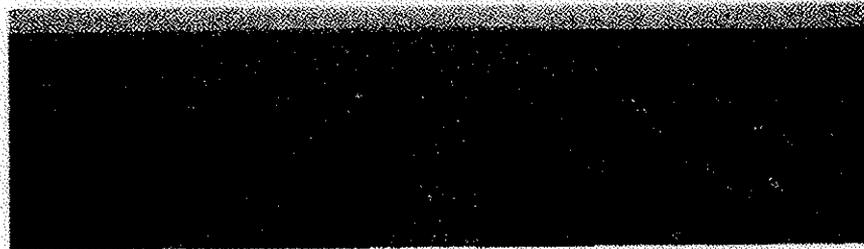
In Deutschland wurde dieser Fall durch „Brot für die Welt“ bekannt gemacht und zu Protestbriefen an die indische Regierung aufgerufen. „Brot für die Welt“ unterstützt auch finanziell die Menschenrechtsarbeit in Indien.

Soja in Brasilien

Brasilien ist zweitgrößter Sojaexporteur weltweit und will seine Produktion verdreifachen. Sojaschrot ist bei uns mittlerweile das wichtigste eiweißhaltige Futtermittel in der Tiermast für Millionen Schweine, Rinder, Hähnchen und Puten. Seit der BSE-Krise steigt der Bedarf weiter, weil kein Tiermehl mehr verfüttert werden darf.

Der Sojaanbau in riesigen Monokulturen verursacht eine enorme Bodenerosion, die zur Verwüstung ganzer Landstriche führen kann. Außerdem benötigt der Anbau einen extrem hohen Einsatz an Pestiziden, die Grundwasser und Gewässer verseuchen. Im Bundesstaat Mato Grosso wurden bereits einige Fischarten ausgerottet. Ökobauern in Deutschland dürfen kein Soja verfüttern, sie müssen Futtermittel aus regionalem Anbau nutzen. Tatsächlich könnte Soja teilweise durch Ackerbohnen, Erbsen oder Lupinen ersetzt werden.

Der größte Sojaproduzent der Welt „Maggi-Ag“ ist gerade dabei, die Produktion um 30% auf rund eine Million Tonnen pro Jahr zu erhöhen und hat dafür von der bundeseigenen DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) einen zinsgünstigen Kredit bekommen.



„Soja (direkt verzehrt) ist eine hervorragende Eiweißquelle für den Menschen“, sagt die britische Ärztin Nicole Freris. „Aber ist es sinnvoll, erst den Regenwald abzuholzen, um Platz für Sojaplantagen zu schaffen, danach Boden und Pflanzen zu vergiften, und dann die Pflanzen nach Europa zu verschiffen, um sie in Mastbetrieben zu verfüttern, und anschließend mit den geschlachteten Tieren die Erste Welt mit Fleisch zu versorgen, die weniger und nicht mehr tierisches Eiweiß bräuhete?“

nach www.regenwald.org/new/ursachen/fleischhunger/soja.htm

Der Nahost-Konflikt

Internationale Konflikte um Wasser sind in der Regel eingebunden in ein komplexes Problemgeflecht. Verfolgt man beispielsweise die aktuellen Geschehnisse in Israel und den palästinensischen Gebieten im Oktober 2000 wird deutlich, dass eher andere Ursachen, langjährige Ressentiments, irrationale Ängste und fehlende Dialogbereitschaft zwischen ethnischen Gruppen einen Konflikt über lange Zeit aufrechterhalten können.

Verteilungskonflikt am Beispiel des Jordan

Der Fluss

Der Jordan ist 252 km lang und entspringt in den Golanhöhen, kurz hinter der israelischen Grenze. Er bildet im weiteren Verlauf die Grenze zwischen Israel (bzw. dem Westjordanland) und Jordanien und mündet in das Tote Meer.

Die Situation

Während Israel alleiniges Verfügungsrecht über Wasser im Staatsgebiet besitzt, ist Jordanien auf jeden Tropfen Wasser angewiesen. Über 90% des Landes weist wüstenhafte klimatische Bedingungen auf. Das sehr artenreiche Ökosystem Palästinas wurde mittlerweile fast ausgelöscht. Das Tote Meer trocknet aus, weil Yarkon und Jordan zu wenig Wasser führen.

In den Palästinensergebieten reicht das Wasser kaum noch zur Felderbewässerung aus, in den Flüchtlingslagern grassieren Leber- und Niereninsuffizienz aufgrund von Wassermangel.

Der Konflikt

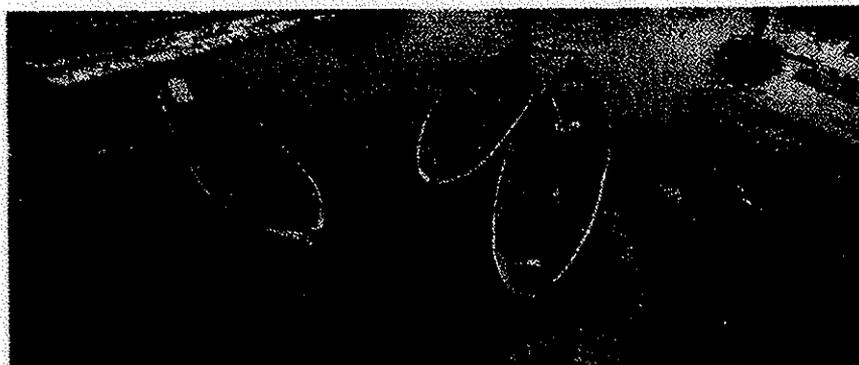
Israel bezieht seine Wasservorräte hauptsächlich von den Golanhöhen, wo die Niederschläge relativ hoch sind. Dieses Gebiet ist von Israel annektiert. Wichtige Grundwasservorräte gibt es im Westjordanland (Westbank). Es handelt sich um palästinensisches Autonomiegebiet, das aber von Israel besetzt ist. Eine große Rolle spielen die Kanäle. Israel leitet durch National Water Carrier Wasser vom See Genezareth bis in die Wüste Negev. Zusätzlich bezieht Israel sein Trinkwasser aus unterirdischen Wasserspeichern, den Mountain-Aquiferen. Jordanien führt Wasser aus dem Jordan-Zufluss Yarmuk im East-Ghor-Kanal in südlichere Regionen.

Die Hintergründe

Das den Flüssen entnommene Wasser wird nach der Benutzung nicht zurückgeführt. Seine mangelnde Qualität hat die Verschmutzung des Grundwassers zur Folge. Der Küstenaquifer als Hauptlieferant für Trinkwasser ist durch Agrarchemikalien der Siedler und Industrieabwässer stark belastet. Müllhalden und Chemieanlagen werden über fossilen Grundwasservorräten der Palästinenser errichtet. Palästinenser dürfen trotz der schnell wachsenden Bevölkerung keine neuen Brunnen bohren. Es bestehen mehrere Verträge, die die Wasserentnahme zwischen Israel und den Nachbarstaaten regeln. Dennoch kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die Wassermengen. Besonders die Palästinenser leiden unter den viel zu niedrigen Wassermengen, die ihnen zur Nutzung bereitstehen. Im Westjordanland steht einem Palästinenser nur knapp ein Drittel der Wassermenge zu, die ein israelischer Siedler dort verbraucht. Der Wasserkonflikt kann nur gelöst werden, wenn die Nutzung der Ressourcen auf Grundlage völkerrechtlicher Richtlinien neu geregelt wird. Dies würde bedeuten, dass Israel seine Hegemonialposition aufgeben müsste.



Papier in Indonesien



„Der Fluss macht unsere Kinder krank“, klagt die über 70jährige Ibu Ratna aus der Provinz Riau auf Sumatra. „Sie leiden unter schweren Hauterkrankungen.“ Begonnen habe das Elend 1996, ein Jahr, nachdem die Zellstofffabrik RAPP ihre Produktion aufgenommen habe. „Viele von uns wurden krank. Das kommt vom Flusswasser.“

Auf der indonesischen Insel Sumatra fallen die letzten Regenwälder der Zellstoff- und Papierindustrie zum Opfer. Grund sind die lockeren Gesetze, die die Herstellung von Papier aus chlorgebleichtem Zellstoff ermöglichen und Firmen nicht zur Abwasserreinigung verpflichten.

Chlorbleiche ist bei uns schon lange verboten, weil es ein äußerst umweltschädigendes Verfahren ist. Um „blütenweißes“ Papier herzustellen, welches auch auf dem europäischen Markt verkauft wird, haben führende Zellstoffkonzerne ihre Produktionsanlagen nach Sumatra verlegt.

Die Anlagen sind oft mit deutschen Maschinen ausgestattet, mit Krediten aus Deutschland finanziert und mit milliarden schweren Hermes-Bürgschaften abgesichert. Geht ein Werk pleite, muss der deutsche Steuerzahler bezahlen.

Produziert wird in keinem geschlossenen Kreislauf, d.h. die Abwässer werden direkt in die Flüsse geleitet. Ein Jahr, nachdem beispielsweise die Zellstofffabrik RAPP, ein asiatisch-finnischer Konzern die Produktion aufgenommen hat (1996), bekamen viele Anwohner Hautausschläge, Haarausfall und Atemwegserkrankungen. Für die Menschen der Region ist das Flusswasser Existenzgrundlage. Sie benötigen es zum Baden, Trinken, Waschen sowie zum Anbau von Obst und Gemüse und dem Fischfang. Die Menschen sind heute zum Teil umzingelt von Industrieanlagen, die Abwasserbelastung erreicht Werte, die bei weitem über den deutschen Richtlinien liegen.

Neuestes Projekt ist eine Fabrik der weltweit größten Zellstofffabrik PT.TEL im Süden Sumatras. Die Fabrik wird von den deutschen Klöcknerwerken gebaut, verbürgt mit 455 Millionen der Bundesregierung sowie einem zinsgünstigen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Bei der Planung der Fabrik wurde die lokale Bevölkerung nicht einbezogen. Es laufen Gerichtsverfahren von 195 Familien gegen die Entelgnung und Umwandlung ihres Ackerlands in Holzplantagen für die Papierindustrie. Der Fluss, in den PT.TEL in Zukunft das Abwasser entsorgt, fließt in den Musi River. Mehr als 750 000 Menschen in Palambang beziehen

Mehr als 750 000 Menschen in Palambang beziehen